

Annäherung an unterschiedliche Erinnerungskulturen

Exkursionen zu unternehmen bedeutet, die Wahrnehmung für übereinander gelagerte historische Spuren im Raum zu schärfen, die auf verschiedene Zeiten und damit auf unterschiedliche politische Zugehörigkeiten und Verfasstheiten, Werthaltungen und sozio-ökonomische Strukturen verweisen (Schlögel 2003). Diese noch auffindbaren Spuren können verschiedenen Zwecken gedient sowie unterschiedliche Interpretationen erfahren haben und stehen stets in Beziehung zu dem, was sich vorher dort befand. Insbesondere die zentraleuropäischen Länder haben im 20. Jahrhundert markante Umbrüche mitgemacht, die in der Ablöse von den großen Imperien des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und der Abfolge zweier totalitärer Regimes den öffentlichen Raum mehrfach grundlegend umgestaltet haben – immer getragen von der Hoffnung, mit den sichtbaren Spuren der vorangegangenen Herrschaft auch die nicht mehr gewünschten Nachwirkungen beseitigen zu können (Jaworski 2007).

Schlesien liegt inmitten dieser Länder – im Kontext der österreichischen Geschichtsschreibung stets mit dem gewachsenen Machtanspruch Preußens im 18. Jahrhundert verknüpft, das den Großteil dieses wirtschaftlich bedeutenden Territoriums trotz mehrerer Rückeroberungsversuche auf Dauer für sich gewinnen konnte. Noch kurz spielte der bei den österreichischen Ländern verbliebene Rest als Friedrich Wilhelm Haugwitz'sches ‚Versuchslaboratorium‘ für die großen maria-theresianischen Reformmaß-

nahmen eine Rolle. Danach scheint das Land aus dem Blickwinkel der zentralistischen Historiografie – hinter dem Altwatergebirge und den Beskiden, also hinter Böhmen und Mähren – zu verschwinden. Ein ähnliches Schicksal wurde ihm in der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung zuteil, zumal Schlesien im 20. Jahrhundert (wieder) dem mährischen Kreis zugeordnet wurde und deshalb als eigenes Land kaum wahrnehmbar war.

In der reichsdeutschen Historiografie markierte die eroberte Provinz Schlesien den Eintritt Preußens in die europäische Großmachtpolitik und im 19. sowie 20. Jahrhundert – gemeinsam mit den Erwerbungen aus den Teilungen Polens – zunehmend die Etablierung der deutschen Vorherrschaft im Osten. Nach der Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus dem neuen Polen nach 1945 blieb Schlesien zunächst das Sehnsuchtsland der Vertriebenenvereine und frühen Geschichtsschreibung rund um die „Historische Kommission für Schlesien“. Mittlerweile hat die Forschung sowohl von deutscher als auch polnischer Seite die alte nationalstaatliche Geschichtsschreibung hinter sich gelassen und arbeitet zunehmend zusammen, konzentriert sich jedoch fast ausschließlich nur noch auf das ehemalige preußische Schlesien.

Dieses Ungleichgewicht in der Geschichtsbetrachtung und im Wissen über Schlesien ist in erster Linie durch die mehrfachen Teilungen bedingt. Aber nicht nur diese Teilungen machen Schlesien zu etwas Besonderem, schon davor hatte es

sich in seiner Struktur von den anderen österreichischen Ländern unterschieden.

Schlesien als historisch spannendes Exkursionsziel

Das historische Land Schlesien ist heute auf zwei Staaten verteilt – Polen und Tschechien. Das resultiert aus den Entwicklungen des 20. Jahrhunderts, doch der Grenzverlauf innerhalb des Landes reicht bis auf geringe Abweichungen in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das gesamte Schlesien zur böhmischen Krone gehört. Die böhmischen Könige – seit 1526 die Habsburger – waren zugleich Herzöge von Schlesien, wie sie auch die Markgrafenschaft von Mähren und bis 1635 die Herzogswürde der Ober- und Niederlausitz innehatten. Diese Personalunion kennen wir auch von den anderen österreichischen Ländern. Die habsburgischen Regenten waren Erzherzöge von Österreich ob und unter der Enns, Herzöge der Steiermark, von Kärnten und Krain, Grafen von Tirol sowie seit 1526 Könige von Ungarn und Böhmen, um nur einige ihrer Würden zu nennen. Viele dieser Länder hatten ihrerseits im frühen und hohen Mittelalter einen Einigungsprozess durchgemacht, bevor sie Teil des habsburgischen Länderkonglomerats wurden. Nicht so jedoch Schlesien – hier gab es bis ins 17. Jahrhundert in dem nur auf den ersten Blick einheitlich erscheinenden Herzogtum eine Reihe von eigenständigen Fürstentümern, deren Herzöge zwar den böhmischen König als obersten Lehensherren anerkannten, aber Mitregierungsgewalt beanspruchten.

Die schlesischen Fürstentümer zwischen ihren Herzögen und dem Oberlandesherrn

Frühneuzeitliches Regieren funktionierte über die Auseinandersetzung und Aushandlung zwischen dem Landesfürst bzw. der Landesfürstin

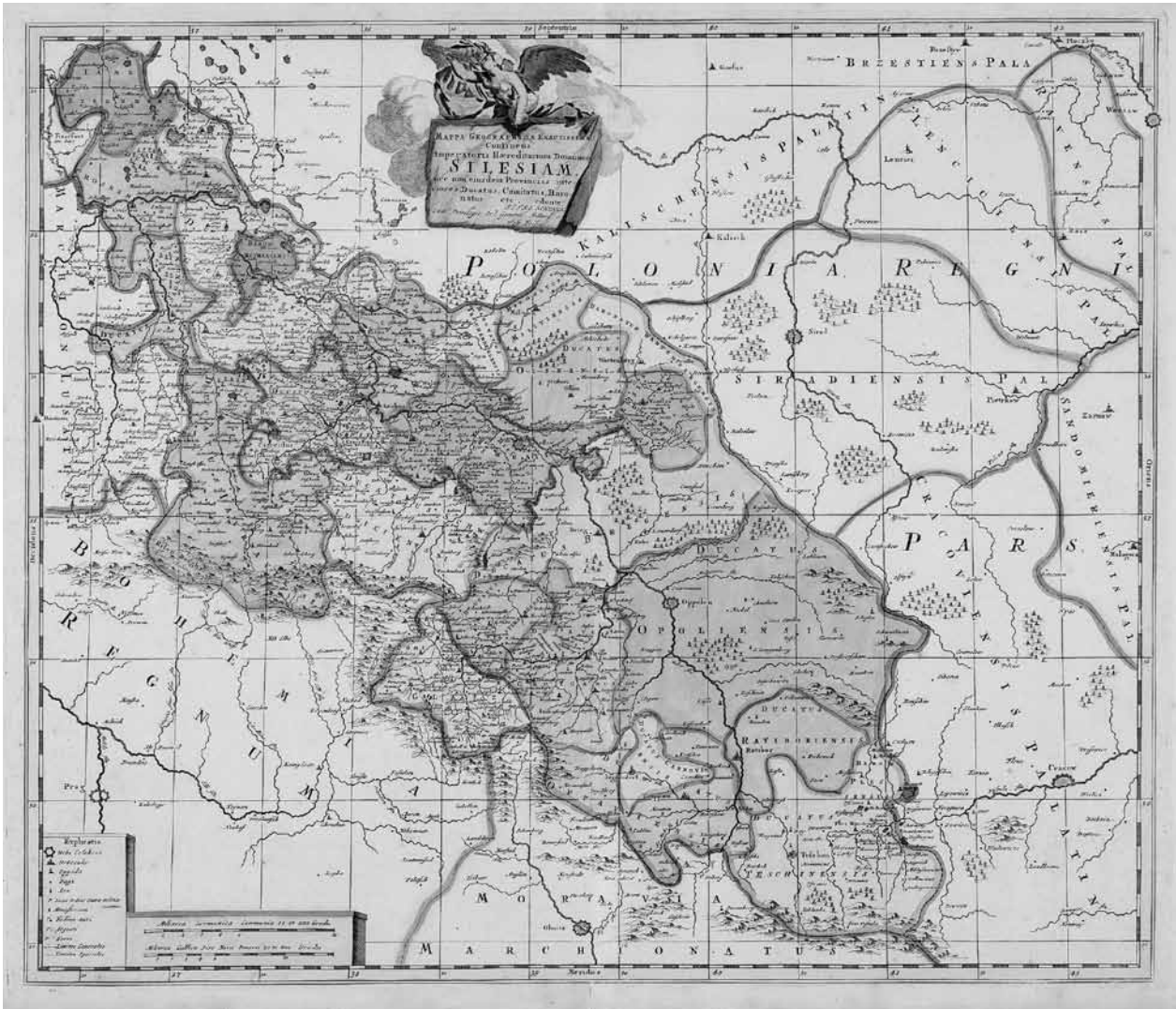


Abb. 1: *Mappa Geographica [...] Silesiam*, Petrus Schenk, 1710. Slezské Zemské Muzeum, Opava, Inv. f. CH 1024. Die Karte zeigt die Gesamtheit der schlesischen Herzogtümer zwischen Polen, Mähren, Böhmen, den Lausitzen und Brandenburg.

und den Landständen jedes einzelnen Territoriums, die je nach historischer Entwicklung aus Vertretern des Klerus, Adels, der Bürger (Städte und Märkte) und Bauern (Landgerichte) zusammengesetzt sein konnten. Das Machtverhältnis zwischen den Verhandlungspartnern variierte über die Jahrhunderte, verschob sich im 18. Jahrhundert jedoch zugunsten der Landesfürsten. Auch in Schlesien gab es seit dem 15. Jahrhundert eine ähnliche Einrichtung – den Fürstentag, der regelmäßig in Breslau (Wrocław) zusammenkam und als Verhandlungspartner gegenüber dem böhmischen König auftrat. Er bestand aus den Herzögen der Fürstentümer, dem Bischof von Breslau als Inhaber des

Fürstentums Neisse und Vertretern der Stadt Breslau. Doch unterhalb dieser Ebene existierte eine weitere Struktur – alle diese schlesischen Fürsten hatten in ihren eigenen Territorien wiederum Landstände, mit denen sie sich über Regierungsentscheidungen, vor allem in finanziellen Belangen, verständigen mussten (Mat'a 2012).

Diese doppelte Ebene in Schlesien rührte aus der Entwicklung im Spätmittelalter her. Durch Teilungen der Herrscherdynastie der Piasten, die zunächst als Herzöge und schließlich als Könige von Polen ein umfassendes Gebiet in Zentraleuropa regierten, hatte sich eine Linie abzeichnen begonnen, die sich als Herzöge von Schlesien benann-

te. Trotz der weiteren Aufteilung in Herzogtümer, die schließlich bis über 20 anwuchsen, scheint sich ein gemeinsames schlesisches Landesbewusstsein entwickelt zu haben (Čapský 2015). Zwischen der sich konsolidierenden polnischen Herrschaft auf der einen und jener sich festigenden in Böhmen auf der anderen Seite begaben sich die schlesischen Fürsten im frühen 14. Jahrhundert zur Sicherung ihrer Territorien unter die Oberhoheit des böhmischen Königs. Für den gewährten Schutz kam diesem das Recht zu, die Herzogtümer als erledigte Lehen einzuziehen, wenn eine der Fürstenlinien in männlicher Linie ausstarb. Wurden die Lehen in der Folge wieder neu vergeben, dann nicht

mehr an weitgehend unabhängige Fürsten. Damit verringerte sich die Anzahl der immediaten Herzogtümer in Schlesien immer weiter, bis schließlich durch den Tod des letzten piastischen Herzogs von Brieg, Liegnitz und Wohlau im Jahr 1675 auch die letzten direkt unterstellt wurden.

Die Neuvergabe der schlesischen Herzogtümer nutzten die Habsburger im 17. Jahrhundert zur gezielten Rekatholisierung des Landes. Die schlesischen protestantischen Herzöge hatten sich 1618 mit den böhmischen Ständen zu einer gemeinsamen „Konföderation zur Verteidigung ihrer Religionsfreiheiten“ zusammengeschlossen. So kam es zur Absetzung des habsburgischen böhmischen Königs Ferdinand und zu der Wahl Friedrichs V. von der Pfalz zum neuen König. Doch wendete sich bereits 1620 in der Schlacht am Weißen Berg das Blatt wieder zugunsten der Habsburger. Daraufhin wurden in Böhmen antihabsburgische Parteigänger hingerichtet und protestantische Prediger ausgewiesen sowie in allen böhmischen Ländern katholische Fürsten und Adelige eingesetzt und unterstützt. Insgesamt wechselte dadurch nach 1620 etwa die Hälfte des Grundbesitzes in andere Hände. Über den Herzog von Jägerndorf, aus einem Nebenzweig der protestantischen Kurfürsten von Brandenburg, wurde beispielsweise die Acht verhängt und das Herzogtum – zusammen mit jenen von Sagan und Troppau – Albrecht von Wallenstein gegeben. Die Herzogtümer Oppeln und Ratibor wurden direkt König Ferdinand unterstellt. Durch diese Maßnahmen kam es 1622 im schlesischen Fürstentag schließlich zu einer katholischen Mehrheit, das schlesische Oberamt des Landeshauptmanns wurde 1629 in eine rein königliche Behörde umgewandelt und verlor damit an Handlungsmacht. Zur Unterstützung der Rekatholisierung wurden 1638 zudem die Jesuiten nach Breslau geschickt (Friedrich 2002; Řezník 2006).

Eine Änderung erfuhr diese Religionspolitik erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Kaiser Ferdinand III. musste im Westfälischen Frieden von 1648 auf Druck des schwedischen Königs die konfessionelle Selbstbestimmung der noch immediaten schlesischen Herzogtümer garantieren. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts intervenierte die schwedische Schutzmacht noch ein weiteres Mal. Als Bedingung für Schwedens Nichteingreifen in den Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714), bei dem es für die Habsburger um die lukrative spanische Krone mit all ihren Nebenländern ging, forderte Karl XII. 1707 in der Altranstädter Konvention den Ausbau der Rechte der schlesischen Protestanten. Mit dieser Sonderstellung war Schlesien neben Ungarn das einzige österreichische Land, in dem Protestanten und Calvinisten auch vor dem Toleranzpatent Josephs II. von 1781 – aus habsburgischer Sicht – geduldet werden mussten (vgl. den Beitrag von Gunda Barth-Scalmani in diesem Heft).

Identitäten im geteilten Schlesien

1740, in der unsicheren Situation nach dem Tod Kaiser Karls VI. und der Regierungsübernahme in den österreichischen Ländern durch Maria Theresia, stellte Friedrich II. von Preußen mit Berufung auf alte Rechte Ansprüche auf Schlesien und war schließlich erfolgreich in der Eroberung. Als Ergebnis des Ersten Schlesischen Krieges (1740–1742) wurde im Norden der Herzogtümer Teschen, Troppau und Jägerndorf sowie mitten durch das Herzogtum Neisse eine Grenze gezogen. Bis 1918 bildete der größere Teil mit der Hauptstadt Breslau eine Provinz Preußens bzw. des Deutschen Reichs. Der Fürstentag und alle unteren Ständeinstitutionen wurden aufgelöst und das Land in die preußische Behördenstruktur integriert (Conrads 2009; Kluebing 1990). Im viel kleineren österreichischen Teil avancierte zunächst Troppau (Opa-

va) zur Hauptstadt, wo in Nachbildung der bisherigen Oberbehörde in Breslau ein königliches Amt als Schnittstelle zu Wien diente. Auch der Fürstentag fand – in verkleinerter Form mit den verbliebenen Fürsten – eine Fortführung. An dieser aufrechterhaltenen Struktur lässt sich das Bestreben der Habsburger in den folgenden Jahrzehnten ablesen, den verlorenen Teil Schlesiens wiederzugewinnen – formuliert als Ziel sowohl des Zweiten (1744/1745) als auch des Dritten Schlesischen oder Siebenjährigen Krieges (1756–1763). Nach diesen erfolglosen Bemühungen scheint man sich mit dem Verlust abgefunden zu haben. Im Kontext der Verwaltungsreformen Josephs II. wurde 1782 das königliche Amt in Troppau aufgelöst und stattdessen ein Kreisamt eingerichtet, das dem mährischen Gubernium in Brünn (Brno) unterstand (Bein 1990). Die Bezeichnung für das Land als „Österreichisch-Schlesien“ im Gegensatz zu „Preußisch-Schlesien“ wurde zwar immer häufiger verwendet, doch die offizielle amtliche Benennung blieb bis zum Ende der Monarchie wie vor 1742 „Herzogtum Ober- und Niederschlesien“. 1849 erlangte es als Kronland erneut Selbstständigkeit – vor allem aufgrund der Forderungen aus Prag nach einer Einheit aller böhmischen Länder, die von Wien durch die Errichtung jeweils eigener Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien unterlaufen werden konnten (Gawrecki 2005).

Im preußisch-schlesischen Bewusstsein scheinen – zumindest in der Publizistik – die abgespaltenen Fürstentümer im verbliebenen österreichischen Teil gegen Ende des 18. Jahrhunderts kaum mehr präsent gewesen zu sein, vor allem seitdem diese mit Mähren eine Einheit bildeten (Friedrich 2002). Auch auf österreichischer Seite, glaubt man Autoren des 19. Jahrhunderts, verlor sich das Bewusstsein eines Gesamtschlesiens bald (Ens 1835). Der verbliebene Teil begriff sich hingegen offensichtlich als eigenes, deut-

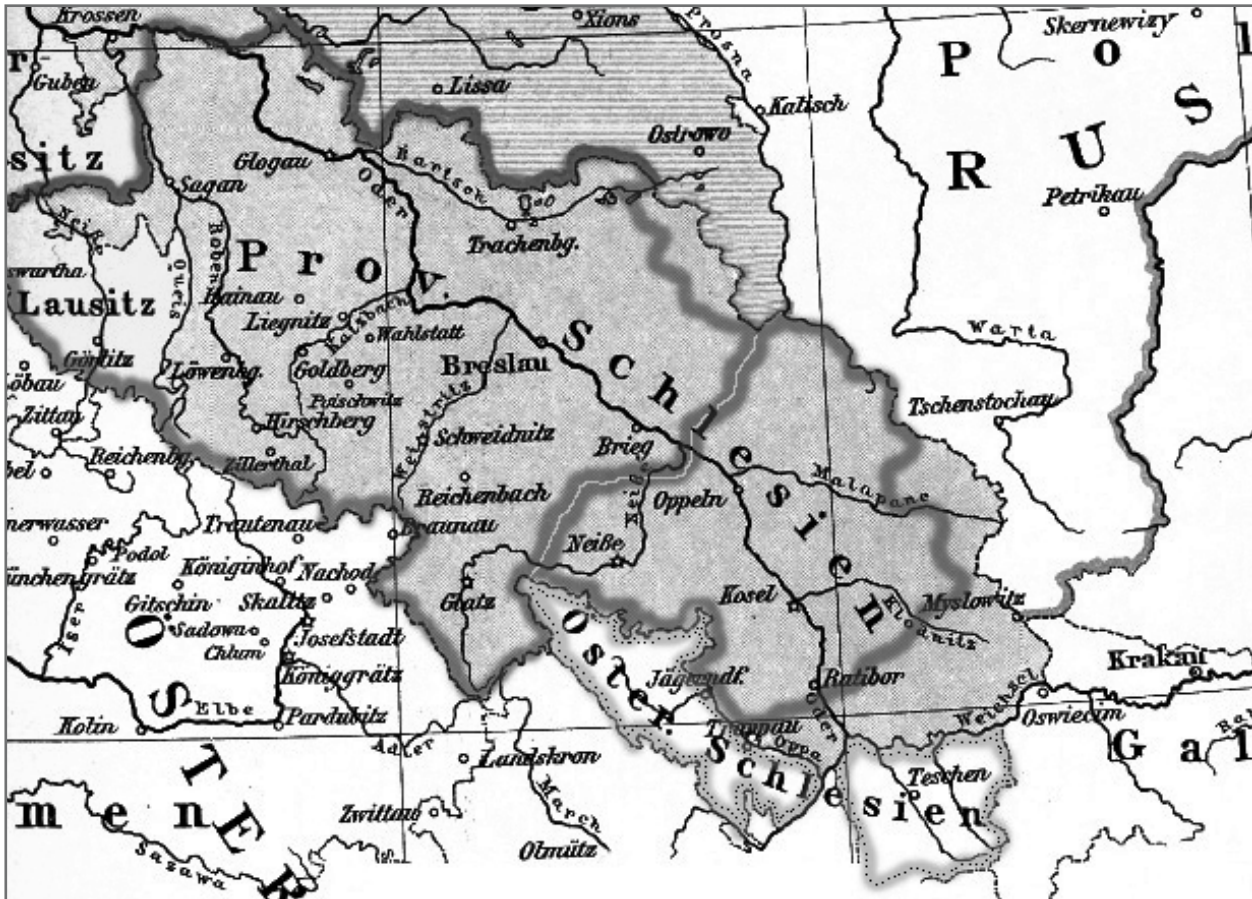


Abb. 2: Die preußische Provinz Schlesien (Nieder- und Oberschlesien) sowie Österreichisch-Schlesien nach 1742. F. W. Putzger's historischer Schulatlas, bearbeitet von Volker Preuß.

lich von Böhmen und Mähren abgegrenztes Land. So protestierten nicht nur der schlesische Adel, sondern auch die Städte gegen die Vereinigung mit Mähren. Wie üblich für das 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zählte die Ethnien- und Sprachzugehörigkeit in ihren Begründungen noch nicht zu den Merkmalen des „Nationalcharakters“. Diese begannen erst in der politischen Argumentation um 1848 und im weiteren 19. Jahrhundert eine Rolle zu spielen.

Während in Niederschlesien fast ausschließlich Deutschsprachige lebten, gestalteten sich die Verhältnisse in Oberschlesien mit einem hohen Anteil an Polnischsprachigen wesentlich komplexer. Diese sprachen eine Dialektvariante, die im 19. Jahrhundert abwertend als „Wasserpölnisch“ bezeichnet wurde. Im Gebiet um Hultschin (Hlučín) hingegen sprach die Bevölkerung einen

tschechischen Dialekt. Sie bezeichnete sich, wie auch die Menschen im Süden der Kreise Ratibor und Leobschütz, als Morawzen und ihre Sprache als Mährisch. Dieser Sprachverteilung von West nach Ost entsprach in etwa auch die Situation in Österreichisch-Schlesien. Der westlich von Troppau gelegene Teil war fast geschlossen deutschsprachig. Dazu kam noch in allen Städten ein überwiegender Anteil von Deutschsprachigen. In der Mitte des Landes lebten vor allem Tschechischsprachige, die insgesamt etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachten. Wie in Preußisch-Schlesien bezeichneten auch sie sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch als Morawzen bzw. ihre Sprache als Mährisch, von außen manchmal pejorativ „Wassermährisch“ genannt. Erst im weiteren 19. Jahrhundert ordneten sie sich den Tschechen zu. Die Bevölkerung im östlichen Teschener An-

teil sprach überwiegend einen polnischen Dialekt. Die abwertende Bezeichnung „Wasserpölnisch“ war in Österreichisch-Schlesien allerdings weniger gebräuchlich als im preußischen Oberschlesien. Selbst benannte sie sich als Schlonsaken.

Die Grenzen zwischen den Ethnien begannen sich zum Teil aufgrund politischer Maßnahmen, zum Teil aufgrund des größer werdenden Drucks, sich einer Sprachgruppe samt deren politischen Zielen zuordnen zu müssen, zu verstärken. Dabei spielte die Konfession eine zentrale, wenn nicht sogar wichtigere Rolle als die Sprache. So sprachen beispielsweise in der durch die Entdeckung von Steinkohlevorkommen im 19. Jahrhundert sehr schnell gewachsenen Gemeinde Orłau (Orlová) im Teschener Schlesien alle Einwohner den gleichen örtlichen slawischen Dialekt. Während sich jedoch fast alle Katholiken zu den Tsche-

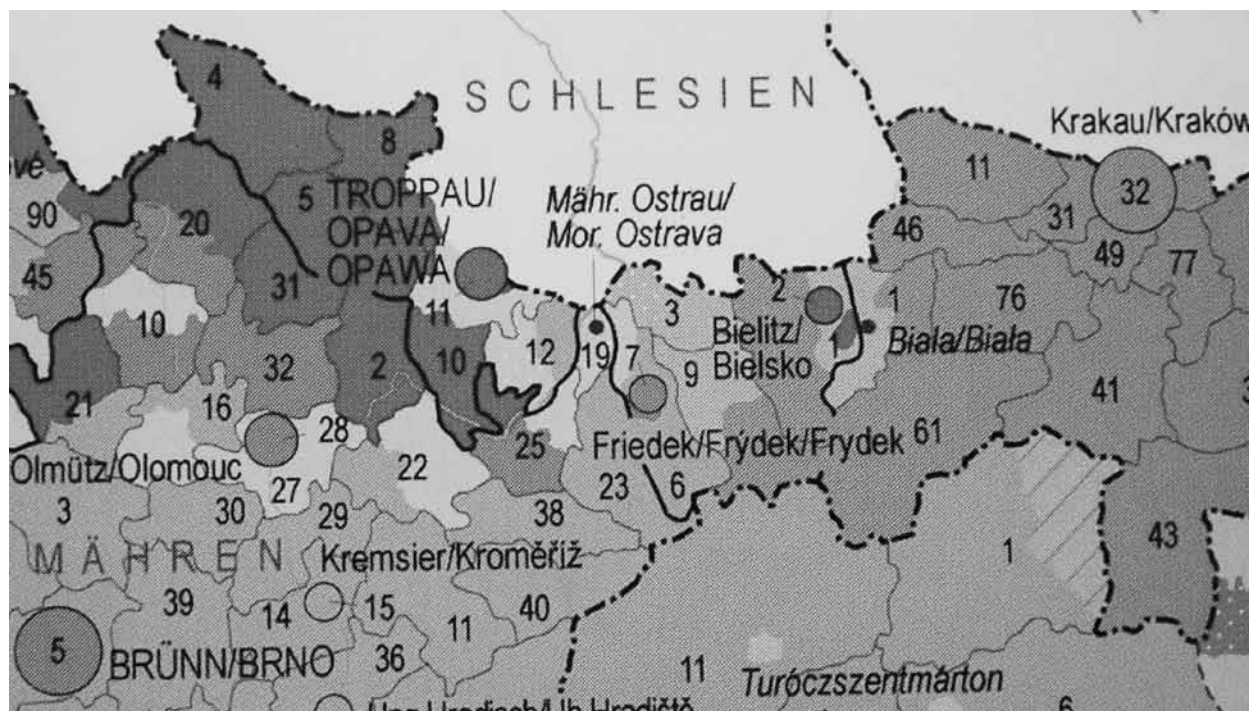


Abb. 3: „Sprachlich-nationale Mehrheiten 1910“ in Österreichisch-Schlesien (Rumpler/Seger 2010:61; für die Überlassung der Bildrechte wird Helmut Rumpler herzlichst gedankt). Die Zahlen stellen die Nummerierung der politischen Bezirke dar, die in jedem Kronland wieder von neuem begann. Im Westen gibt die dunkle Färbung in den Bezirken 4, 5, 8 und 10 die deutschsprachige Mehrheit wieder, daran schließt sich in der Mitte des Landes in den Bezirken 11, 12, 7 und 6 die tschechischsprachige Dominanz (je dunkler, desto stärker) und schließlich im Osten die polnische Sprachmehrheit in den Bezirken 3, 9, 2 und 1.

chen bekannten, ordneten sich die Protestanten den Polen zu. Die Ursache dafür lag im Patronatsrecht der katholischen Pfarre, die dem Benediktinerkloster in Breunau (Břevnov) bei Prag unterstand und daher von dort mit tschechischen Priestern besetzt wurde, wohingegen die evangelische Kirchengemeinde eine deutsch-polnische Verwaltung hatte (Gawrecki 2002).

Im preußischen Oberschlesien hatte schon in den 1830er Jahren eine Auseinandersetzung zwischen Beamten, Liberalen und protestantischen Geistlichen, die eine anti-katholische Politik mittrugen, einerseits und Katholiken, die meist, aber nicht nur polnischsprachig waren, andererseits begonnen. 1833 wurden Kirchen geschlossen, in denen es angeblich nicht mehr genügend Gläubige gab und in denen meist polnisch gepredigt wurde. Diese Trennlinie vertiefte sich noch während des sogenannten Kulturkampfes, der offenen Auseinandersetzung zwischen dem preu-

ßisch-deutschen Staat kurz nach der Reichsgründung und der katholischen Kirche bis 1886/87. Auch nach dem Abflauen dieses Konflikts blieb die Situation in Oberschlesien angespannt – Polnisch war in den Volksschulen verboten und es gab staatliche Vorschriften über die Unterrichtssprache in Religion. Die anti-polnische Politik des Reichskanzlers Otto von Bismarck, die zwar vor allem auf die Erwerbungsgebiete aus den Teilungen Polens zielte, aber auch in Oberschlesien zu Konflikten führte, verschärfte sich zusehends. Zudem klafften die unterschiedlichen Sprachgruppen auch in sozialer Sicht auseinander – die ländliche Bevölkerung und das rasch anwachsende Industrieproletariat waren zumeist polnischsprachig, während sich die Deutschsprachigen aus einer schmalen Schicht von Grundbesitzern, Industriellen und aus dem Reichsinneren stammenden Beamten und Militärs zusammensetzten (Gehrke 2015; Struve 2015; Ther 2002).

Südlich der Grenze wurden von deutscher Seite vor 1848 die zu kulturellen Zwecken entstandenen kleinen tschechischen Lese- und Unterhaltungsvereine in und um Troppau zunächst zwar noch als erwünschte Abwechslung begrüßt. Doch bald begannen politische Akteure, wie etwa Hans Kudlich, mit ihren Positionierungen für den Reichstag in Wien 1848 die Gegensätze zwischen den verschiedenen Sprachgruppen zu verschärfen. Die deutschsprachige Bevölkerung verstand Schlesien als deutsches Land und bewertete tschechische und polnische politische Forderungen daher als gefährlichen Panlawismus. Die Tschechischsprachigen, die sich, wie erwähnt, zunächst eher den Mähnern zurechneten, standen den Zielen des 1848 in Prag abgehaltenen Slawen-kongresses mit seiner russischen Dominanz allerdings eher skeptisch gegenüber und lehnten wie die deutsche Bevölkerung die von Prag ausgehenden Einheitsbestrebungen der Länder der böhmischen Krone ab.

Demgegenüber agierten die Vertreter der polnischsprachigen Bevölkerung am Slawenkongress wesentlich aktiver. Sie reihten sich in die Gruppe der polnisch-ruthenischen Sektion ein und verfolgten einen Anschluss an das polnisch geprägte Kronland Galizien (König 2015).

Die österreichischen Verfassungen und Gesetze der 1860er Jahre führten zu einer gewissen Stärkung der nichtdeutschen Sprachgruppen, was auch in Schlesien in die Gründung von politischen Vereinen und Zeitungen, Einführung von polnischen Schulbüchern, Verbreitung von religiöser und weltlicher Literatur in Polnisch und Tschechisch sowie in vermehrte polnische und schließlich auch tschechische Volksschulen und Gymnasien mündete (Eser 2010). Zugleich erhöhten diese Aktivitäten jedoch die Befürchtungen der deutschen Sprachgruppe vor einem Verlust ihrer bisher dominanten Position (Gawrecki 2002).

Veränderungen im 20. Jahrhundert

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte auch für Schlesien – beidseits der Grenze – einschneidende Veränderungen. Nachdem am 28. Oktober 1918 in Prag die Tschechoslowakische Republik in den Grenzen der Länder der Böhmisches Krone – Böhmen, Mähren und Schlesien – ausgerufen worden war, begründeten einen Tag später deutsche Abgeordnete aus diesen Ländern im Reichsrat in Wien die „Reichsprovins Sudetenland“ als Teil des künftigen Deutschösterreichs, das seinerseits wiederum gesamt der Deutschen Republik (Art. 2 des Gesetzes vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich) beitreten wollte. Das beanspruchte Gebiet der Provinz umfasste neben den deutschsprachigen Gebieten Nordostböhmens und Nordmährens auch ganz Österreichisch-Schlesien. Hinsichtlich des Teschener Anteils machte man nur den Abstrich, dass der östliche, stär-

ker polnischsprachige Teil gemeinsam mit dem neu errichteten Polen verwaltet werden sollte. Aufgrund der strittigen Ansprüche auf dieses Gebiet hatten sich schon die Tschechoslowakei und Polen zunächst auf eine Grenzziehung entlang der ethnischen Grenze geeinigt. Damit hätte fast das gesamte Teschener Schlesien zu Polen gehört. Um die Jahreswende 1918/19 verlegten jedoch beide Staaten militärische Einheiten an die Grenze, um den Anspruch auf das gesamte Gebiet durchzusetzen, was schließlich zu einem kurzen Krieg ohne Lösung des Konflikts führte. Die endgültige Grenzziehung – entlang der Olsa, also etwa in der Mitte des ehemaligen Herzogtums Teschen und damit auch durch die Stadt Teschen (tsch. Český Těšín, poln. Cieszyn) selbst – wurde auf der Friedenskonferenz ausgehandelt. Zugleich untersagten die Siegermächte in den Verträgen von St. Germain (Art. 27, 54, 88 sowie 91) und Versailles (Art. 80) im September 1919 die geplante Vereinigung sowohl des Sudetenlands mit Deutschösterreich als auch Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich.

Daneben beanspruchte Polen auch das in der neuen deutschen Republik gelegene Oberschlesien. Schon in Hinblick auf eine bevorstehende Volksabstimmung versuchten beide Staaten, die Bevölkerung in diesem Gebiet für sich zu mobilisieren. Die Spannung entlud sich in drei Aufständen, die wesentlich von deutschen und polnischen Politikern außerhalb der Region gezielt angefacht worden waren, während das innerhalb der Region neu gegründete „Oberschlesische Komitee“ einen selbstständigen Freistaat forderte. Einen solchen wollten jedoch weder das Deutsche Reich noch Polen oder die Tschechoslowakei. In der am 21. März 1921 durchgeführten Abstimmung der ober-schlesischen Bevölkerung votierten 707.393 Personen für das Deutsche Reich und 479.365 für Polen, obwohl etwa 60 % der Bevölkerung als

polnisch oder zweisprachig galten (indem sie etwa in polnischsprachigen Familien aufgewachsen waren, jedoch später Deutsch gelernt und vermehrt verwendet hatten). Gründe für dieses Abstimmungsverhalten lagen in erster Linie wahrscheinlich in ökonomischen Erwägungen und der gewohnten Zugehörigkeit zum bisherigen Staatsverband. In der Folge ordneten die Alliierten auch hier eine Teilung der Region an. Ostoberschlesien mit Kattowitz (Katowice) als Hauptstadt kam zu Polen, das nun so genannte Opper Schlesien blieb bei Deutschland. Das Gebiet um Hultschin wurde hingegen der Tschechoslowakei angegliedert.

Die Grenzziehungen konnten nur dem ungefähren Verlauf der sprachlichen Zugehörigkeiten folgen und schufen somit auf allen Seiten neue Minderheiten. Die verbliebene polnischsprachige Bevölkerung im Opper Schlesien schien sich zunächst zu assimilieren. Der durch die nationalsozialistische Regierung dann wieder offen geführte Kampf gegen die katholische Kirche und die rassistischen Zuschreibungen führten jedoch eher wieder zu einem Zulauf zu den polnischen Minderheitenorganisationen. Im polnischen Ostoberschlesien war die Zahl der sich der deutschen Sprachgruppe zurechnenden Bevölkerung durch die nach der Grenzziehung vielfach erfolgte Emigration zwar gesunken, aber die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in Polen führte dazu, dass auch viele polnisch- oder zweisprachige Oberschlesierinnen und Oberschlesier sich eher deutschen Parteien zuwandten (Ther 2002).

Nach der Ausdehnung des NS-Regimes auf Polen und die Tschechoslowakei, der damit einhergehenden Aufwertung alles Deutschen und Abwertung alles Slawischen (Kravar 2014) mit allen Kriegsverbrechen und -folgen kam es 1945 zu einer neuerlichen Umgestaltung der politischen Landkarte, gefolgt von mas-

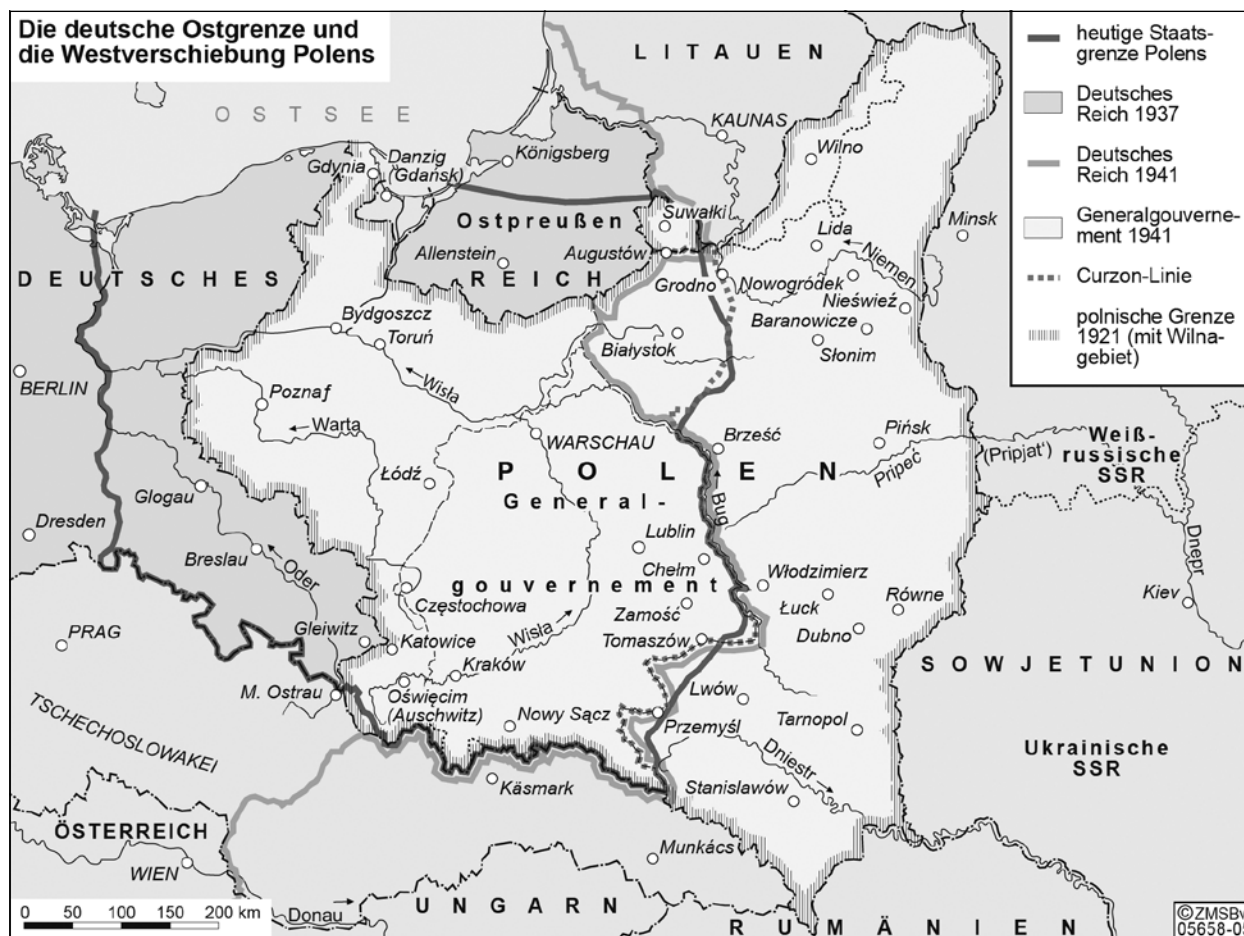


Abb. 4: Westverschiebung Polens 1945. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.

senhaften Bevölkerungsverschiebungen. Die Zweite Tschechoslowakische Republik entstand in ihren alten Grenzen. Die Deutschsprachigen wurden größtenteils ausgewiesen und die Bevölkerung aus Zentralböhmen aufgefordert, in die nunmehr entvölkerten Gebiete in Ost- und Nordböhmen, Nordmähren wie auch Schlesien umzusiedeln. Polen musste im Osten Galizien und Litauen an die Sowjetunion abgeben und bekam dafür im Westen Schlesien und die ehemaligen polnischen Teilungsgebiete bis zur Oder-Neiße-Grenze zugesprochen. Die weitgehende Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus dem nunmehr sowjetischen Gebiet erfolgte parallel zur fast vollständigen Aussiedlung aller Deutschsprachigen aus Polen. In Oberschlesien führte das zu einer neuen Mischbevölkerung. Ein Teil der Vorkriegsbevölkerung blieb, und zwar jene Polnischsprachigen,

die von den zentralen polnischen Behörden als „Autochtone“ bezeichnet, jedoch zugleich mit negativen Zuschreibungen versehen wurden. Sie galten als sprachlich sowie kulturell zurückgeblieben und sollten erst zu ‚richtigen Polen‘ gemacht werden. Daneben strömten die im Osten ausgesiedelte Bevölkerung wie auch viele Umsiedler aus Zentralpolen in die neuen Westgebiete. Für Niederschlesien brachten die Veränderungen einen fast völligen Austausch der Bevölkerung. Die ersten Jahre waren von chaotischen Zuständen geprägt, die dem neuen Siedlungsgebiet sehr bald die Bezeichnung Polens „Wilder Westen“ einbrachten (Halicka 2013).

Die neue Bevölkerung in den polnischen Westgebieten fühlte sich fremd und aus ihrer vertrauten Kulturlandschaft herausgerissen. Zudem herrschte in den ersten Jahren große Unsicherheit, ob sich die po-

litischen Verhältnisse nicht erneut verändern würden und Schlesien wieder an Deutschland fallen könne. Das führte zu einer Vorläufigkeit, die eine ‚Beheimatung‘ der neuen Siedlerinnen und Siedler hinauszögerte. Die Regierung versuchte dem auf verschiedene Weise nachdrücklich zu begegnen. Einen Weg beschritt sie in der bis Ende der 1980er Jahre konsequent vertretenen Geschichtsdarstellung, dass es sich bei Schlesien um altes polnisches Gebiet handle. Die Besitznahme stelle daher keine Eroberung, sondern nur eine legitime Rückkehr in angestammtes Land dar (Thum 2003). Anknüpfen ließ sich dabei an die schlesischen Herzöge aus der Familie der Piasten, auch wenn sich diese mit ihren eigenen Linien schon im Mittelalter von Polen gelöst hatten (vgl. den Beitrag von Magdalena Mair in diesem Heft). Ein weiterer Weg lag in der spezifisch polnisch ausgerich-

teten Erinnerungskultur, mit der die neue Bevölkerung heimisch gemacht werden sollte.

Erinnerungskultur als Werkzeug der Identifikation

Erinnerungsvermögen stellt für das Individuum eine der Grundvoraussetzungen dar, sich als kohärentes Wesen wahrzunehmen, das sich durch die Zeit bewegt. Auch jegliches Lernen wird durch Erinnern, wie allerdings ebenso durch Vergessen, erst ermöglicht. Die gesamte Fülle des Erfahrenen und Geschehenen bewusst zu halten, würde das Individuum überfordern. Daher muss das Gedächtnis selektiv arbeiten, indem es aus den wahrgenommenen Inhalten gewisse auswählt und erinnert, andere hingegen vergisst. Leitend für diesen Prozess sind Überzeugungen und Vorstellungen, die das Individuum von sich selbst sowie seinen Zielen und Absichten hat.

Sehr ähnlich funktioniert das vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs so benannte und von Aleida und Jan Assmann weiterentwickelte „kollektive Gedächtnis“ (Assmann 1999). So wie individuelle Erinnerung in der Lage ist, Selbstvergewisserung zu vermitteln, stellt ein Rückgriff auf die Vergangenheit auch für Gruppen Identifikationsangebote bereit. Individuen können sich auf diese Weise als Teil von Gruppen mit vermeintlich gemeinsamer Vergangenheit verstehen. Auch dieser kollektiven Erinnerung liegen Steuerungsmechanismen zugrunde, die sehr viel über die Bedürfnisse, Überzeugungen sowie Ziele der jeweiligen Gesellschaft aussagen und wissenschaftlich untersucht werden können.

Pierre Nora prägte in seiner Untersuchung für Frankreich das Konzept der „lieux de mémoire“ (Nora 1990), von Etienne François und Hagen Schulze für Deutschland als „Erinnerungsorte“ bezeichnet (François/Schulze 2001). Diesem Ansatz zufolge würde jede Nation

ihre gemeinsame Erinnerung an bestimmten, symbolisch aufgeladenen ‚Orten‘ festmachen. Diese Erinnerungsorte können sowohl materieller als auch immaterieller Natur sein. Dabei handelt es sich also nicht nur um ‚begehbare‘ Orte oder lokalisierbare Relikte der Vergangenheit, wie etwa Friedhöfe, Schlachtfelder, Gebäude, Museen, Denkmäler, zentrale Plätze oder Straßennamen, sondern auch um reale wie mythische Gestalten und Ereignisse, Erzählungen, Gedenktage, Feste und Jubiläen ebenso wie Hymnen oder Staatswappen.

Indem allerdings Erinnerungsorte für eine Nation gesucht werden, erscheint ein bestimmter Blickwinkel schon vorausgesetzt – jener der offiziellen und aktuellen Regierungsform eines Staates, der meist auf dem Konzept der Nation beruht, das sich im 19. Jahrhundert als ethnisch-sprachliche Zusammengehörigkeit durchsetzte und entsprechend politisch belastet ist (Erl 2011). Diese nationale Perspektive lässt sich hingegen durchbrechen, wenn man stattdessen Regionen untersucht. Mit wechselnden und geteilten politischen Zugehörigkeiten bekommt man zugleich verschiedene Interpretationen von gleichen ‚Orten‘ in den Blick. Kollektives Gedächtnis lässt sich dann nicht mehr als abgeschlossene Entität, sondern vielmehr als Metapher für prägende Deutungsmuster und symbolische Systeme verstehen, in denen Ereignisse, Orte, Institutionen und Begriffe innerhalb einer Gesellschaft über längere Zeiträume wahrgenommen und gedeutet werden (Czapliński/Hahn/Weger 2005).

Damit bietet sich Schlesien mit seinen mehrfachen Teilungen bis in die Gegenwart besonders als Untersuchungsgegenstand an. Bestimmte ‚Orte‘ können hier in den verschiedenen kollektiven Gedächtnissen unterschiedliche oder sogar gegensätzliche Zuschreibungen erfahren. So muss beispielsweise der ‚deutsche Blick‘ auf Schlesien vor 1989 zwischen West- und Ostdeutsch-

land unterschieden werden. Während in der BRD häufig immer noch das Bild der verlorenen, unvergessenen Heimat prägend ist, blieb in der DDR das Thema der Vertreibungen weitgehend tabuisiert. In Polen wurde die Erinnerungskultur, wie erwähnt, der beschworenen schlesischen Kontinuität bis zurück ins ‚polnische Mittelalter‘ untergeordnet. Entsprechend unterschiedlich fällt auch die Auswahl von Erinnerungsorten aus, wenn es um wissenschaftliche Zusammenstellungen geht (Eiden 2005).

Dieses Selektieren und Überblenden von Erinnerungsorten stellt einen ständigen Prozess dar und unterliegt somit Veränderungen. Orts- und Straßenbezeichnungen, wie generell die Markierung des öffentlichen Raums, können als Gradmesser für die Valenz von gewünschter kollektiver Erinnerung dienen. Umbenennungen und Umgestaltungen machen zudem die Kommunikation der verschiedenen Gedächtnisse nötig. Denn wer immer einen Ort, einen Platz oder eine Straße anders bezeichnen will, muss sich zunächst mit deren Bedeutung in der bisherigen Sprache, vor dem bisherigen Hintergrund auseinandersetzen, um eine gleichwertige Entsprechung schaffen zu können. Nur so lässt sich eine nicht mehr erwünschte Symbolik bannen (Thum 2003).

Erinnerungsträger Ortsnamen

Die Orts- und Flurnamen in den von deutsch- und slawischsprachiger Bevölkerung gemischt besiedelten Gebieten hatten sich in gegenseitiger Beeinflussung entwickelt. Beispielsweise passten sich ursprünglich slawische Bezeichnungen im Lauf der Jahrhunderte in Klang und Schreibweise der deutschen Sprache an, wie etwa Breslau oder Liegnitz (Legnica). Nur einige wenige der mittelalterlichen Städte – etwa Landeshut (Kamienna Góra) oder Hirschberg (Jelenia Góra) – trugen rein deutsche Namen. Nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 kam es

zu ersten Umbenennungen slawisch klingender Ortsnamen. Man begann sich an „undeutschen“ Ortsnamen zu stören, wie etwa beispielsweise an Zabrze in Oberschlesien, das 1915 zu Ehren des Siegers in der Schlacht von Tannenberg in Hindenburg umbenannt wurde. Intensiv setzte dieser Germanisierungsprozess jedoch nach dem Ersten Weltkrieg ein, denn nun kam noch ein weiterer Aspekt hinzu. Mit der Durchsetzung des Nationalstaatsprinzips auf den Pariser Friedenskonferenzen und somit der Festlegung der neuen Staatsgrenzen entsprechend den ethnischen Verhältnissen wurden fremdsprachige Bevölkerungsgruppen wie ebenso solche Namen als Hinweise auf mögliche Zugehörigkeiten zu einem anderen Staat herangezogen. Um dieser ‚Gefahr‘ für die territoriale Integrität des eigenen Staates zu begegnen, trieb man die deutschen Umbenennungen voran (Thum 2003).

Auch in der Ersten Tschechoslowakischen Republik lässt sich nach 1918 ein ähnlicher Prozess beobachten. Über die Erforschung der Toponomastik sollte geklärt werden, welcher ‚nationalen Gruppe‘ die Orte eigentlich ‚gehörten‘, wer sie also zuerst besiedelt hatte und demnach Anspruch auf ihre offizielle Benennung erheben durfte. Sowohl tschechische als deutsche Forschungen standen dabei in Konkurrenz um die Interpretation. Vom Innenministerium wurden damit Hand in Hand gehend zahlreiche Umbenennungen angeordnet, die der Tschechisierung der Ortsnamen dienten. Wer die Staatsgrenze überschritt, sollte sich schon beim Blick auf die Ortstafeln und Straßennamen bewusst werden, dass er sich in der Tschechoslowakischen Republik befände, hieß es 1920. Straßen- und Ortsnamen, die an Personen erinnerten, die der „tschechoslowakischen Nation sowie den befreundeten Nationen feindlich gesinnt gesehen wurden“ oder an Ereignisse mit „staatsfeindlichem Charakter“ erinnerten, waren zu entfernen. In erster Li-

nie war dabei an eine „Entösterreichisierung“ bzw. „Enthabsburgisierung“ gedacht (Hlavačka 2012:308f). Für die überwiegend deutschsprachigen Siedlungen in den Grenzgebieten sollte eine durchgehend zweisprachige Terminologie erstellt werden. Für die tschechischen Namen suchte man in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Quellen nach älteren tschechischen Namensschichten, die es freizulegen und zu reaktivieren galt. Brachten allerdings auch gründliche Archivrecherchen keine tschechischen Ortsnamen zutage, dann blieben die deutschen bzw. polnischen Namen aus der Zeit der Habsburgermonarchie als amtliche Bezeichnungen bestehen. Auch jene Ortsnamen, die von der einheimischen tschechischsprachigen Bevölkerung in Gemeinden mit einem deutschen Namen bis dahin benutzt worden waren, konnten zu amtlichen Benennungen werden, wenn es sich um tschechische Wortschöpfungen handelte. Die Mehrheit der neuen tschechischen Ortsnamen wurde jedoch durch die Transkription der bisherigen deutschen nach der tschechischen Phonetik geschaffen. Nur in Gemeinden mit einer deutschsprachigen Bevölkerung von mindestens 20 Prozent blieben die deutschen Namen als Hauptbezeichnung bestehen.

In den Ostgebieten des Deutschen Reichs trat die gezielte Verdeutschung der Ortsnamen unter der nationalsozialistischen Regierung nach 1933 in eine besonders intensive Phase. Nun wurden alle Ortsnamen nichtgermanischen, insbesondere slawischen Ursprungs umbenannt und zugleich argumentiert, dass die Ortschaften vielfach schon vor der slawischen Besiedlung bestanden hätten. Die Ortsnamen seien nur von den neu in dieses Gebiet kommenden Slawen umbenannt worden und bisher so geblieben (Thum 2003). In gleicher Weise gingen die Nationalsozialisten nach der Einnahme des Sudetenlandes im Oktober 1938 und dem Einmarsch in die verbliebenen tsche-

choslowakischen Gebiete im März 1939 vor. Sie schafften die tschechischen Ortsbezeichnungen zwar nicht ab, setzten aber konsequent zweisprachige Benennungen durch. Damit bekamen nun auch jene Orte, die sich in rein tschechischsprachigem Gebiet befanden, einen zusätzlichen deutschen Namen. Die analoge Vorgehensweise wurde bei der Benennung von Straßen und Plätzen angewendet

Jene Bezeichnungen, die das „deutsche Gefühl auf grobe Weise verletzen“, wie Bezüge zur Gründung der Tschechoslowakei, zur hussitischen Bewegung sowie zu mythologisch oder historisch verbürgten Přemysliden, tauschte man aus, alle übrigen Namen von Straßen und Plätzen wurden zweisprachig (Hlavačka 2012:310).

Nach 1945 kam es sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen zu entsprechend spiegelbildlichen Gegenreaktionen. Nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung sollte eine durchgehend polnische bzw. tschechische Benennung die Homogenität des Staates demonstrieren. Der ‚Sieg über die Deutschen‘ ließ sich damit auch auf symbolischer Ebene vollziehen. In den tschechoslowakischen Städten kehrte man meist wieder zu den Straßennamen aus der Vorkriegszeit zurück und benannte Straßen und Plätze nach böhmischen, mährischen und schlesischen Städten sowie neuen ‚Kriegshelden‘. Im polnischen Schlesien stand die Terminologie im Zeichen des erwähnten Bestrebens, der Bevölkerung eine Identifikation mit Polen und eine neue Ortsgebundenheit zu vermitteln. Zum ersten Mittel der Wahl – der Benennung der Orte nach den verlorenen Dörfern und Städten im polnischen Osten – konnte nicht gegriffen werden, um die Sowjetunion nicht zu provozieren. Auch auf die Wünsche der Bevölkerung wurde kaum Rücksicht genommen. So hatte beispielsweise die Gemeinde Nieder-Giersdorf (Miłochów) in Niederschlesien den Wunsch geäu-

bert, die Stadt nach dem ersten auf dem neuen Boden geborenen Kind zu benennen. Doch die Regierung bestand darauf, dass die neuen polnischen Namen historische Bezüge aufwiesen, um die polnischen Ursprünge zu betonen.

Die weiteren Zäsuren in der Geschichte des 20. Jahrhunderts – die kommunistische Machtübernahme (in Polen 1945 und in der Tschechoslowakei 1948) und die Wende von 1989/90 – spiegeln sich vor allem in der Benennung der Straßen und Plätze in den Städten. Die Motive der Entbürgerlichung und Entkirchlichung der sozialistischen Gesellschaft wie auch die Bezugnahme auf einen kommunistischen Personenkanon weichen in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten einer Betonung der polnischen und tschechischen (National-)Geschichte.

Kulturimport aus Galizien

Um die neue Bevölkerung im nunmehr polnischen Schlesien heimisch zu machen, wurde neben Geschichtsschreibung und polnischen Orts- und Straßennamen auch mit kulturellen Mitteln gearbeitet. Insbesondere Wrocław (Breslau) sollte der Ersatz für das verlorene Lwów (dt. Lemberg, ukr. L'viv) werden. Von dort mitgenommene Denkmäler konnten diese Beziehung vermitteln. Allerdings durfte auch hier – wie bei den Orts- und Straßennamen – nicht zu offenkundig der verlorenen Gebiete und der Opfer sowjetischer Deportationen und Exekutionen in Ostpolen gedacht werden, um die polnisch-sowjetischen Beziehungen nicht zu gefährden. Ein Gedenken war nur in verdeckter Form möglich. Dies gelang beispielsweise mit der aus Lwów stammenden Skulptur des dort 1876 verstorbenen Dichters Alexander Fredro. Seit 1956 steht sie am Platz des Reiterstandbildes von König Friedrich Wilhelm III. (vgl. den Beitrag von Ellinor Forster in diesem Heft) neben dem Breslauer Rathaus und repräsentiert nicht nur einfach

ein Dichter-, sondern zugleich ein Vertreibungsdenkmal. Wie die meisten der Stadtbewohner und Stadtbewohnerinnen hatte es nach dem Krieg den gleichen Weg aus dem Osten an die neue Bestimmung genommen. Auch wenn das allen bewusst war, so nennt das Denkmal nur den Namen des Dichters, aber keinen Hinweis auf den Ort, wo er gestorben war bzw. aus dem das Denkmal stammte. Ähnlich verfuhr man mit dem 1964 eingeweihten Denkmal für die Opfer des Faschismus unter den Lemberger Professoren und ihren Familien. Auch dieses war ganz allgemein gehalten und verschwieg jeden Hinweis auf die Stadt Lwów (Thum 2003).

Anders verhielt es sich jedoch mit dem Raclawice-Panorama, das 1893/94 in Lemberg (L'viv) im Kontext der „Allgemeinen Landessaustellung“ in Galizien angefertigt worden war. Es stellt den siegreichen Kampf der Polen bei Raclawice in der Nähe von Krakau (Kraków) während der Erhebung unter dem Anführer Tadeusz Kościuszko von 1794 gegen die russischen Truppen dar. Der Aufstand war eine Reaktion auf die zweite Teilung Polens, die wiederum aufgrund der polnischen Reformpolitik samt Verabschiedung einer Verfassung erfolgt war. In der Kościuszko-Erhebung wollten die adeligen polnischen Führungskräfte das Weiterbestehen Polens erkämpfen. Der Aufstand endete allerdings am 10. Oktober 1794 in der Niederlage von Maciejowice und führte schließlich zur dritten und endgültigen Teilung Polens 1795. Die Schlacht bei Raclawice im Jahr zuvor hatte jedoch einen überraschenden Sieg gebracht und wurde sehr schnell zum Bestandteil der polnischen Erinnerungskultur – zu einem Ereignis, in dem sich die „polnische Nation“ erstmals gemeinsam zur Wehr gesetzt und für ihr Weiterbestehen gekämpft hatte. Das siegreiche Gefecht konnte zugleich als Symbol für die Besiegbarkeit der russischen Teilungsmacht wie auch als Zeichen für eine gesellschaftlich-soziale pol-

nische Einheit interpretiert werden, da auch Bauern mitgekämpft hatten.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es für die polnische Ethnie im habsburgischen Galizien sehr viel politischen Freiraum, um ein Panorama zu verwirklichen, das in so engem Zusammenhang mit der Wiedererrichtung Polens stand (Kaps 2015). Durch die Erinnerung an bedeutende Ereignisse aus der Vergangenheit sollte für alle Polen (also auch jene im Deutschen Reich bzw. in Russland) eine gemeinsame Identität ermöglicht und ihnen der Weg in die Zukunft gezeigt werden. Den unmittelbaren Gegner auf dem Panorama stellte zwar das Russische Reich dar, doch war Galizien selbst erst in der ersten Teilung Polens 1772 an die Teilungsmacht Österreich gefallen. Damit konnte das Panorama symbolisch auch gegen die aktuelle Landesherrschaft gerichtet gesehen werden.

Das Rundgemälde folgt dem Typus des „Volkskrieges“, der seit Beginn des 19. Jahrhunderts die europäische Schlachtenmalerei dominierte. Während davor das Schlachtfeld üblicherweise nur aus der Feldherrenposition in der Überschau mit dem Blick auf eine weit entfernte, anonyme kämpfende Menge gezeigt wurde, ging es nun darum, den einfachen Soldaten darzustellen, wie er von Gegnern umringt im heroischen Kampf zum Helden wurde und zum Selbstopfer bereit war. Damit konnten sich die Betrachtenden mit dem Bildgeschehen identifizieren und als Teil des Kampfes für die „nationale Sache“ wahrnehmen. Insbesondere die einfache Bevölkerung sollte angesprochen werden. Daher wurde auf dem Panorama etwa auch Geschehen abseits der Schlacht mit Frauen, Kindern und Greisen thematisiert. Die Bauern, in der alten polnischen Adelsrepublik noch Unfreie, standen Ende des 19. Jahrhunderts den polnischen Einigungsbestrebungen skeptisch gegenüber und befürchteten, die im späten 18. und 19. Jahrhundert erlangte Aufhebung der Leibeigenschaft und Grundent-



Abb. 5: Ausschnitt aus dem Raclawice-Panorama, Jan Styka und Wojciech Kossak, 1893/94, Wrocław (Breslau). Privatbesitz Richard Weißeisen.

lastung in einem neuen Polen wieder aufgeben zu müssen. Daher wurden die Bauern im Panorama besonders adressiert – beispielsweise trug der adelige Tadeusz Kościuszko Bauerntracht und schwenkte symbolträchtig die polnische Fahne mit dem gekrönten weißen Adler auf rotem Grund neben den Bauern mit gekreuzten Sensen, Garben und ihrer viereckigen roten Mütze der Krakauer Tracht. Als verbindendes religiöses Element diente zudem ein Banner mit der Abbildung der Schwarzen Madonna von Tschenschowau (Częstochowa), die der Legende nach 1655 die Belagerung des Klosters Klarenberg (Jasna Góra) durch die Schweden verhindert hatte und ein Jahr später von König Johann II. Kasimir symbolisch zur Königin Polens gekrönt worden war.

Der Erfolg des Panoramas war zunächst sehr groß, wie viele andere wurde es auch in verschiedenen europäischen Städten gezeigt. Das Interesse erlosch erst um etwa 1912, als mit dem Aufkommen von Kinos die Rundgemälde an Popularität verloren. Allerdings wurde die in diesen Fällen häufig praktizierte Zer-

schneidung des Gemäldes und Verteilung unter den Aktionären verhindert. Damit blieb das Panorama über 1918 hinaus, als Polen bereits wieder eine eigene Staatlichkeit erlangt hatte, erhalten und bis 1944 fast ohne Unterbrechung der Öffentlichkeit zugänglich. Ein sowjetischer Luftangriff auf das von den Deutschen besetzte Lemberg beschädigte die Rotunde, in der das Panorama untergebracht war. Das Rundgemälde selbst konnte jedoch gerettet werden. Nach dem Krieg war im zur Sowjetukraine gehörenden Galizien an eine Aufstellung nicht mehr zu denken. Obwohl sich einige polnische Städte darum bemühten, kam es schon 1946 nach Wrocław, wohin auch Teile der Universität und Bibliotheken gebracht worden waren. Ausführliche Restaurierungsarbeiten, die sich aufgrund von Geldmangel immer wieder verzögerten, verhinderten eine sofortige Aufstellung, doch wäre die Symbolkraft des Panoramas gegenüber der Sowjetunion zu stark gewesen, um es in den Nachkriegsjahrzehnten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Erst 1985 wurde es vor dem Hintergrund eines

entspannteren Verhältnisses zur Sowjetunion feierlich wiedereröffnet – und zugleich als Triumph gegenüber den kommunistischen Machthabern gefeiert (Baumgartner 2014).

Die Inszenierung für die heutigen Besucherinnen und Besucher ist nach wie vor auf ein gemeinsames, patriotisches Erleben hin ausgerichtet. Man kann nicht einfach hineingehen und sich das Gemälde ansehen, sondern muss sich einer Gruppenführung anschließen. Nach dem gemeinsamen Warten werden schwere Eisengitter geöffnet, die den Zugang durch einen dunklen Tunnel – nur mit Leuchtschildern in polnischer und englischer Sprache versehen, die um Stille bitten – freimachen. Eine Wendeltreppe führt zur hell erleuchteten Rotunde hinauf direkt in das Schlachtgeschehen von Raclawice. Die Führung erfolgt über den Lautsprecher in der gebuchten Sprache, für Anderssprachige stehen Audioguides zur Verfügung. Hier wie dort wird in getragener Stimme die Geschichte des Panoramas, jede Einzelheit des Gemäldes und der genaue Hergang der Schlacht erzählt. Man kann sich nicht frühzeitig von der



Abb. 6: Denkmal für den „Übergang“ (Przejście), Jerzy Kalina, 2005, Wrocław (Breslau). Privatbesitz Richard Weißesen.



Abb. 7: Zwei Sisyphos-Zwerge, die sich mit einer Kugel abmühen, in der Świdnicka Straße, Wrocław (Breslau). Privatbesitz Richard Weißesen.

Führung verabschieden, sondern muss warten, bis die Stimme des Sprechers verhallt ist und die Gruppe das Geschehen wieder geschlossen über die Wendeltreppe ins Dunkle verlassen darf. So beschreibt Gregor Thum seine Eindrücke 2003, die auch 2014 von den Exkursionsteilnehmenden in gleicher Weise erlebt wurden.

Neue Erinnerungsorte

Nach dem Ende der Volksrepublik Polen wurden neue Erinnerungsorte geschaffen, die für den Widerstand gegen

das kommunistische Regime standen (Jaworski 2003). Dazu zählt beispielsweise die 2005 in Wrocław errichtete eindrucksvolle Skulpturengruppe von Jerzy Kalina an der Kreuzung der Straßen Pilsudskiego und Świdnicka. Sieben Figuren von Passanten ‚steigen‘ in den Boden ‚hinab‘ und kommen auf der gegenüberliegenden Straßenseite wieder ‚herauf‘, in teils veränderter Form. Bezeichnet als *Przejście* (Passage oder Übergang) zwischen den Jahren 1977 und 2005 steht es für die Untergrundbewegung nach der Verhängung des Kriegsrechtes 1981.

Überall in Wrocław verteilt befinden sich zudem kleine Zwerge, die an die politische Oppositionsbewegung der „Orange Alternative“ in den 1980er Jahren erinnern. Initiiert vom gesellschaftlichen Aktivist Waldemar Frydrych wurden zunächst kleine Zwerge an Wände gemalt. Bald zogen tausende Menschen durch die Straßen, Zwergen-Transparente in der Hand haltend, mit Zipfelmützen Reden haltend und ein erster gusseiserner Zwerg wurde bereits vor 1989 in der Altstadt aufgestellt. 2001 tauchten als Projekt von Studierenden der Kunsthochschule weitere Zwerge in der Stadt auf, 2004 wurde der Künstler Tomasz Moczek damit beauftragt, weitere anzufertigen. Seither gibt es immer wieder neue, alle in Bronze gegossen und etwa 30 Zentimeter groß; 2014 wurde der 300. Zwerg aufgestellt. Sie bilden Handwerke ab, üben verschiedene Tätigkeiten aus und stehen manchmal in thematischem Zusammenhang mit den Gebäuden, vor denen sie sich befinden. 2014 schenkte der Stadtpräsident von Wrocław der Stadt Dresden aus Anlass der 55-jährigen Städte-Partnerschaft einen Zwerg, der die Wappen beider Städte hochhält und in der Nähe des Rathauses in Dresden aufgestellt wurde.

Solche überbrückenden gemeinsamen deutsch-polnischen Erinnerungsorte, vor allem wenn sie weiter in die Geschichte zurückreichen, beginnen sich erst langsam zu entwickeln. So wurde etwa 1989 in Wrocław in Gedenken an die dort geborene, ehemals jüdische, 1942 in Auschwitz ermordete Philosophin und Ordensfrau Edith Stein die Edith-Stein-Gesellschaft gegründet und ihr Elternhaus als Begegnungsstätte für den christlich-jüdischen und deutsch-polnischen Dialog konzipiert. Für den ebenfalls in Breslau geborenen, im NS-Widerstand tätigen und 1945 im KZ Flossenbürg hingerichteten evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer gibt es vor zwei Kirchen, die er betreute – in Berlin vor der Zionskirche und in Wrocław vor der Elisabethkirche – identische, zweisprachig beschriftete Denkmäler. Schwerer fällt das gemeinsame Gedenken etwa beim schlesischen Konzentrationslager Groß-Rosen. Im Vergleich zu anderen Konzentrationslagern scheint es im deutschen Bewusstsein kaum präsent zu sein, obwohl es ab 1941 einen der wichtigsten Knotenpunkte im Netz der Konzentrationslager auf Reichsgebiet darstellte.

LITERATUR

- A. ASSMANN, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München 1999.
- A. BAUMGARTNER, Das Raclawice-Panorama in Breslau. Ein Erinnerungsort für die polnische Nation, in: A. BARTETZKY/R. JAWORSKI (Hg.), Geschichte im Rundumblick. Panoramabilder im östlichen Europa. Köln 2014, 46–64.
- W. BEIN, Die politische und administrative Neuordnung Österreichisch-Schlesiens in Theresianischer Zeit, in: P. BAUMGART (Hg.), Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposions in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987. Sigmaringen 1990, 63–77.
- N. CONRADS, Die schlesische Ständeversammlung im Umbruch. Vom altständischen Herzogtum zur preußischen Provinz, in: N. CONRADS, Schlesien in der Frühmoderne. Zur politischen und geistigen Kultur eines habsburgischen Landes. Köln 2009, 359–384.
- M. CZAPLIŃSKI/H.-J. HAHN/T. WEGER, Einleitung, in: M. CZAPLIŃSKI/H.-J. HAHN/T. WEGER (Hg.), Schlesische Erinnerungsorte. Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region. Görlitz 2005, 7–11.
- M. ČAPSKÝ, Urban History Between Cultural Transfer and Historical Comparison: On the Formation of Late Medieval Urban Identities in Prague and Wrocław from the Perspective of *Histoire Croisée*, in: V. ČAPSKÁ (Hg.), Processes of Cultural Exchange in Central Europe, 1200–1800. Opava 2014, 209–239.
- M. EIDEN, Gedächtnisgeschichte, in: J. BAHLCKE (Hg.), Historische Schlesienforschung. Methoden, Themen und Perspektiven zwischen traditioneller Landesgeschichtsschreibung und moderner Kulturwissenschaft. Köln 2005, 477–509.
- F. ENS, Das Oppaland, oder der Troppauer Kreis, nach seinen geschichtlichen, naturgeschichtlichen, bürgerlichen und örtlichen Eigentümlichkeiten. Bd. 1. Wien 1835.
- A. ERLI, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. Stuttgart 2011.
- I. ESER, „Volk, Staat, Gott!“ Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen 1918–1939. Wiesbaden 2010.
- E. FRANÇOIS/H. SCHULZE (Hg.) Deutsche Erinnerungsorte. 3 Bde. München 2001.
- K. FRIEDRICH, Nationsbewußtsein in Schlesien in der frühen Neuzeit, in: K. STRUVE/P.THER (Hg.), Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit. Marburg 2002, 19–43.
- D. GAWRECKI, Regionale und nationale Identitäten in Österreichisch-Schlesien im langen 19. Jahrhundert, in: K. STRUVE/P.THER (Hg.), Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit. Marburg 2002, 111–134.
- D. GAWRECKI, Schlesien als Randgebiet der Habsburgermonarchie nach 1742, in: H.-C. MANER (Hg.), Grenzregionen der Habsburgermonarchie im 18. und 19. Jahrhundert. Ihre Bedeutung und Funktion aus der Perspektive Wiens. Münster 2005, 133–143.
- R. GEHRKE, Zwischen geduldeter Multilingualität und staatlich forcierter Germanisierung: Motive und Ziele der preußischen Sprachenpolitik in Oberschlesien im 19. Jahrhundert, in: *Szkice Archiwalno-Historyczne* 12 (2015), 99–112.
- B. HALICKA, Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Odenraums 1945–1948. Paderborn 2013.
- M. HLAVAČKA, Die Namen mit den Erfordernissen der Zeit in Einklang bringen. Der Wandel der Toponyme in den böhmischen Ländern nach 1945, in: *Bohemia* 52 (2012)/2, 303–338.
- R. JAWORSKI, Alte und neue Gedächtnisorte in Osteuropa nach dem Sturz des Kommunismus, in: R. JAWORSKI/J. KUSBER/L. STEINDORFF (Hg.), Gedächtnisorte in Osteuropa. Vergangenheiten auf dem Prüfstand. Frankfurt am Main 2003, 11–25.
- R. JAWORSKI, Denkmalstreit und Denkmalsturz im östlichen Europa, in: R. JAWORSKI/P. STACHEL (Hg.), Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich. Leipzig 2007, 175–190.
- K. KAPS, Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Verflechtung und imperialer Politik (1772–1914). Wien-Köln-Weimar 2015.
- H. KLUETING, Die politisch-administrative Integration Preußisch-Schlesiens unter Friedrich II., in: P. BAUMGART (Hg.), Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen. Ergebnisse eines Symposions in Würzburg vom 29. bis 31. Oktober 1987. Sigmaringen 1990, 41–62.
- P. R. KÖNIG, Im (Un-)Dickicht. Loyalitätsveranlassungen in Österreichisch-Schlesien, 1849–1914, in: *ÖGL* 60 (2015)/2, 173–189.
- Z. KRAVAR, Das Reichsarchiv Troppau. Die NS-Etappe in der Geschichte des Archivwesens in tschechisch Schlesien. Hamburg 2014.
- P. MATĀ, Bohemia, Silesia and the Empire: Negotiating Princely Dignity on the Eastern Periphery, in: R. J. W. EVANS/P. H. WILSON (Hg.), The Holy Roman Empire, 1495–1806. A European Perspective. Leiden-Boston 2012, 143–165.
- P. NORA, Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1990.
- H. RUMPLER/M. SEGER, Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. IX/2. Soziale Strukturen. Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Wien 2010.
- M. ŘEZNÍK, Herrschaftswechsel ohne Fremde? Böhmen und sein Adel zwischen Dynastie, Staat, Land und Nation, in: H. SCHNABEL-SCHÜLE/A. GESTRICH (Hg.), Fremde Herrscher – fremdes Volk. Inklusions- und Exklusionsfiguren bei Herrschaftswechseln in Europa. Frankfurt am Main 2006, 217–249.
- K. SCHLÖGEL, Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik. München 2003.
- K. STRUVE, Politische Mobilisierung und Wahlverhalten. Das preußische Oberschlesien im Kaiserreich, in: *Szkice Archiwalno-Historyczne* 12 (2015), 257–265.
- P. THER, Schlesisch, deutsch oder polnisch? Identitätenwandel in Oberschlesien 1921–1956, in: K. STRUVE/P.THER (Hg.), Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit. Marburg 2002, 169–201.
- G. THUM, Die fremde Stadt. Breslau nach 1945. München 2003.